



Eine Stimme gegen die Invasion der Muslim*innen? Zur Bedeutung muslim*innenfeindlicher Einstellungen für die Mobilisierungserfolge und den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa

Cemal Öztürk und Gert Pickel

1 Einleitung: Eine Stimme gegen die Islamisierung des Abendlandes? Antimuslimische Ressentiments und die Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa¹

Donald Trump im Weißen Haus, das Votum für einen Austritt aus der Europäischen Union in Großbritannien, europaweite Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Parteien, die Erosion demokratischer Standards unter der Ägide der Fidesz und PiS in Ungarn und Polen – wenig andere Themen stehen derzeit so stark

¹Der vorliegende Text entstand im Rahmen des von Prof. Dr. Susanne Pickel an der Universität Duisburg-Essen geleiteten BMBF-Projektverbundes „Radikaler Islam versus Radikaler Anti-Islam“ sowie im Rahmen des BMBF geförderten Forschungsprojektes „Politischer Kulturwandel? Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung“ im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Projekt kennung: LEI_F_08.

C. Öztürk

Institut für Politikwissenschaft (IfP), Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland
E-Mail: cemal.oetztuerk@uni-due.de

G. Pickel (✉)

Universität Leipzig, Religions- und Kirchensoziologie, Leipzig, Deutschland
E-Mail: pickel@rz.uni-leipzig.de

im Fokus sozialwissenschaftlicher Debatten, wie die Ausbreitung und Erfolge des Rechtspopulismus und die Ursachen, die ihnen den Weg geebnet haben (de la Torre 2015; Eatwell und Goodwin 2018; Kriesi und Pappas 2016; Moffit 2016; Mudde 2019; Pappas 2019).² Folgt man den Diagnosen, dann ist der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien der Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie, die *Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen* gegeneinander in Stellung bringt (de Wilde et al. 2019). Letztere setzen sich – so zumindest die Modernisierungsverliererhypothese – vornehmlich aus prekarisierten Milieus, der (abgehängten) Arbeiterschaft und von Abstiegsängsten geplagten Mittelschichten zusammen (Betz 1994; Spier 2010). Sie konstituieren die gesellschaftlichen Milieus, die für nationalprotektionistische Positionen und exkludierende Identitätspolitik der Rechtspopulist*innen empfänglich sind. Ihnen ist die neue Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten, die Auflösung männlicher Dominanz durch feministische Anerkennungskämpfe und vor allem die durch Migrationsprozesse verstärkte Diversität westlicher Gesellschaften ein Greuel – und wird als kulturelle Bedrohung empfunden (Norris und Inglehart 2019; Pickel 2019; Rippl und Seipel 2018). Als eines der wichtigsten Motive für die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien gilt dann auch die Befürwortung einer restriktiven Einwanderungspolitik (Arzheimer 2018; Ignazi 1992; van der Brug et al. 2000). Wenig überraschend wird auf die Fluchtbewegungen von 2015 als katalysierender Faktor rechtspopulistischer Erfolge verwiesen (Lengfeld 2017; Pickel und Pickel 2018).

So richtig diese Beobachtungen sind, sie besitzen eine auffällige *Ungenauigkeit*: Die Agitation von Rechtspopulist*innen richtet sich in aller Regel nicht abstrakt gegen Geflüchtete und Asylbewerber*innen, sondern es stehen explizit Migrant*innen muslimischen Glaubens im Fokus. Dies mag sicher auch daran liegen, dass die große Mehrheit der seit 2015 nach Europa geflüchteten Menschen aus den Konfliktherden des Nahen und Mittleren Ostens (z. B. Syrien, Irak, und Afghanistan) stammt. Noch zentraler ist jedoch die mobilisierungstechnische *Nutzbarkeit eines kulturellen Bedrohungsgefühls*, welches durch jihadistische Terroranschläge in europäischen Metropolen (z. B. Berlin, Barcelona, Nizza, Paris, Stockholm, London) gestärkt wurde und dem Gefühl einer von radikalierten Muslim*innen ausgehenden Gefährdung der inneren Sicherheit zuträglich war (Bremmer 2018; fPEW Research Center 2017; Pickel 2018a; Pickel und Pickel 2019; Stockemer et al. 2018; Wodak 2015). Die sogenannte Flüchtlingskrise

²Wir werden hier den Begriff Rechtspopulismus verwenden, auch wenn die Unterscheidung zu rechtsextremen und rassistischen Positionen oft fließend ist und sich in der internationalen Debatte eher allgemeinere Zuordnungen als „Right Wing“ oder „Right Wing Radicals“ (Rechtsradikale) durchsetzen (Mudde 2019).

dürfte sich so für rechtspopulistische Parteien als „Geschenk“ erwiesen haben, welches es ihnen erlaubt sich als „Verteidiger des christlichen Abendlandes“ zu inszenieren und regierende Politiker*innen mit populistisch-nationalistischer Verve als „Verräter am eigenen Volk“ zu markieren. So wirken zuletzt Genannte ja der vermeintlichen „Invasion der Muslime“ nicht entgegen oder betreiben sie in konspirativer Absicht sogar aktiv, um nur ein zentrales verschwörungstheoretisches Argument von Rechtspopulist*innen zu nennen (Öztürk und Pickel 2019; Pickel 2018b).

Da das „Feindbild Islam“ in Westeuropa schon seit mindestens zwei Dekaden ein Schlüsselnarrativ für rechtspopulistische Parteien und Bewegungen darstellt (Betz 2016; Kallis 2018), ließe sich nun die Frage stellen, ob all das nicht nur neuer Wein in alten Schläuchen ist? Gegen diese Einschätzung spricht die Situation in Osteuropa. Der Konsens der Rechtspopulismusforschung, dass antimuslimische Diskurse für die Rechtspopulist*innen Osteuropas von untergeordneter Rolle sind (Mudde 2007), scheint seit 2015 brüchig zu werden (Dudzińska und Kotnarowski 2019; Hafez 2018; Krekó et al. 2019; Slačálek und Svobodová 2018). Man könnte fast so weit gehen zu sagen, dass sich die sogenannte Flüchtlingskrise geradezu als „game changer“ erwiesen hat. So hat sich die Haltung zu Muslim*innen durch die Forderung nach bindenden Quoten zur Aufnahme von Geflüchteten seitens der Europäischen Union in Osteuropa zu einem politischen Streitgegenstand entwickelt (Kalmar 2018; Pickel und Öztürk 2018a). Osteuropas Rechtspopulist*innen stehen seitdem der Rhetorik von Geert Wilders, Marine Le Pen, Alexander Gauland und Co. in nichts nach und nutzen jede Gelegenheit um antimuslimische Ressentiments zu befeuern, auch um bei Wahlen mit ihrer Positionierung gegen die Einwanderung von Muslim*innen punkten zu können (Krastev 2018; Pickel und Öztürk 2018b). Hierbei schrecken Osteuropas Rechtspopulist*innen auch vor schrillen Aussagen nicht zurück: Victor Orbán bezeichnete Geflüchtete als „muslimische Invasoren“ und warnt, dass sich die Migrationsbewegungen zu einem „trojanischen Pferd des Terrorismus“ entwickeln werden (Almássy 2017). Jarosław Kaczyński gibt den Polen zu bedenken, dass die von der Europäischen Union „aufgezwungenen“ Muslim*innen das Ziel verfolgen „die Scharia zu etablieren“ und „Kirchen als Toiletten“ betrachten (Dymek 2015). Diese Rhetorik entbehrt nicht der Ironie, vergegenwärtigt man sich, dass sie sich gegen Muslim*innen richten, die in den meisten osteuropäischen Gesellschaften weniger als 1 % der Bevölkerung stellen (PEW 2011). Allerdings ist diese Rhetorik der Beliebtheit von Osteuropas Rechtspopulist*innen keineswegs abträglich, wie ein Blick auf ihre Wahlergebnisse zeigt. Ihr Widerstand gegen die Aufnahme muslimischer Migrant*innen nimmt die Wünsche einer Bevölkerung auf, in der antimuslimische Orientierungsmuster besonders

weit verbreitet sind (Pickel und Öztürk 2018a). Der machtpolitische Aufstieg der Rechten in Osteuropa – der von einer Regierungsbeteiligung als Koalitionspartner (z. B. in Estland, Slowenien, und der Slowakei) bis hin zur alleinigen Regierungsverantwortung (z. B. Polen und Ungarn) reicht – legt nahe, dass sich die Instrumentalisierung antimuslimischer Ressentiments europaweit zu einer Dividende bringenden politischen Ressource entwickelt hat (Betz 2016; Hafez 2014; Kallis 2018; Öztürk und Pickel 2019; Pickel und Yendell 2018; Zúquete 2008).

Grund genug, um die *Frage* zu stellen: *In welchem Zusammenhang stehen antimuslimische Ressentiments und die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien?* Unsere forschungsleitende These lautet hierbei, dass (a) antimuslimische Ressentiments eine individuelle Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien begünstigen und (b), dass ein antimuslimisches Gesellschaftsklima den machtpolitischen Aufstieg von Rechtspopulist*innen begünstigt hat. Für die Untersuchung dieser Zusammenhangsvermutung verbinden wir sozialpsychologische Forschung zur Formation von Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit mit soziologischen Erkenntnissen zu Mobilisierungs- und Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien und legen darauf aufbauend eine auf aktuellen Daten beruhende *vergleichende empirische Analyse für Europa* vor. Hierfür nutzen wir die jüngste Welle der European Values Study (2020) und ergänzen diese mit Informationen über den Anteil von Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung (PEW Research Center 2011) und den Etablierungserfolgen rechtspopulistischer Parteien (Döring und Manow 2019; Rooduijn et al. 2019). Die Kombination dieser Daten ermöglicht es uns, variierende Kontextbedingungen und politische Effekte des vermuteten *Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus* in den Blick zu nehmen.

2 Über den Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus – Theoretische Bezüge und forschungsleitende Hypothesen

Will man sich mit Populismus auseinandersetzen, so muss man diesen erst einmal definieren. Hierfür konkurrieren Ansätze, die Populismus als Ideologie, diskursive Logik, politischen Stil, oder eine Strategie zur Mobilisierung von Wähler*innen konzipieren (z. B. Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). All diese Annäherungen an die Begrifflichkeit teilen aber einen Minimalkonsens: Populismus ist in seiner Essenz von der Vorstellungen eines unüberbrückbaren *Gegensatzes zwischen dem Volk und den Eliten* geprägt (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017; Priester

2007). Für unsere empirische – auch auf Bevölkerungseinstellungen zielende – Studie benötigen wir eine Definition, die es uns erlaubt, existierende Parteien in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als *rechtspopulistisch* zu klassifizieren. Wir greifen für dieses Anliegen auf den ideellen Populismusansatz von Cas Mudde und Rovira Kaltwasser (2017) zurück – und konzentrieren uns auf den Rechtspopulismus, da letzterer momentan im Fokus zentraler Debatten steht.³ Als rechtspopulistisch behandeln wir Parteien, die die „dünne Ideologie“ des Populismus mit einer nativistischen und völkischen „*Wirtsideologie*“ kombinieren. Kern ihrer populistischen Ausrichtung ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft in zwei antagonistische Gruppen – das „Volk“ und „korrupte Eliten“ – gespalten ist und dass die Zielsetzungen der Politik, dem volonté générale folgen sollten (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017, S. 5). Eine rechte Färbung bekommt der Populismus, wenn das „Volk“ in nativistischer Manier als eine ethnisch-homogene Entität imaginiert wird und Fremdgruppen in exkludierender Absicht als Bedrohung inszeniert werden (Mudde 2007, S. 19). Parteien können demnach als rechtspopulistisch klassifiziert werden, wenn sie mit vertikalen und horizontalen Abgrenzungssachsen operieren, sich also zugleich gegen „die da oben“ und gegen „die Anderen“ positionieren (Rooduijn et al. 2019).

Da der Eigengruppe eine (kulturelle und oft ethnische) Überlegenheit zugeschrieben wird, haben rechtspopulistische Parteien eine immanente Tendenz zu exkludierenden und abwertenden Haltungen gegenüber Fremdgruppen. Diese können schnell rassistische Züge annehmen (Wolf 2017). Warum aber können rechtspopulistische Parteien mit diesen Grenzziehungen bei den Wähler*innen punkten? Hier helfen sozialpsychologische Zugänge, speziell aus der Vorurteilsforschung, weiter (Allport 1971). Der *Social Identity Theory* (Tajfel 1982) folgend, basieren gruppenbezogene Vorurteile auf der Konstruktion kollektiver Identitäten und einem Kategorisierungsprozess. Damit sich die Spirale kollektiver Vorurteile in Gang setzen kann, muss das vorurteilsvolle Individuum sich selbst und die vermeintlich „Anderen“ als Mitglieder disjunktiver Sozialgruppen begreifen (Tajfel und Turner 1979, S. 39 ff.). Die Vorurteile fußen somit auf einer ent-individualisierenden Grenzziehung zwischen einem „Wir“ und den „Anderen“ (Beck-Gernsheim 2004). Gerade für Ich-schwache Individuen ist die Abwertung der Fremdgruppe die Möglichkeit, zu einem positiven Selbstbild zu gelangen, schließlich reicht die durch Geburt garantierter Mitgliedschaft in der ethnisch und kulturell als überlegen angesehenen Eigengruppe (Tajfel und Turner 1979, S. 40).

³Damit wird die Existenz linkspopulistischer Parteien (z. B. Syriza in Griechenland) nicht ignoriert, doch besitzen letztere nur eine untergeordnete Bedeutung für unsere Fragestellung. Die Mobilisierungserfolge populistischer Parteien in Europa werden maßgeblich von rechtspopulistischen Parteien getragen.

Folgt man der Einschätzung, dass rechtspopulistische Parteien besonders in Zeiten von rapiden Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen bei Wähler*innen punkten können (de Wilde et al. 2019; Moffit 2016), dann ist diese psychologische Funktion von Vorurteilen nicht zu unterschätzen. Ökonomischer Druck, Angst vor einer Deklassierung, und das Gefühl, dass traditionale Normenkataloge ins Wanken geraten, reichen bis tief in die sonst bürgerliche Demokratien stabilisierende Mittelschicht (Bremmer 2018). Das Gefühl zu einem vermeintlich überlegenen Kollektiv zu gehören – welches Rechtspopulist*innen zumindest der autochthonen Bevölkerung ständig vermitteln – kann dann, in einer aus den Fugen zu geraten scheinenden Welt, Sicherheit geben bzw. eine lindernde Wirkung entfalten.

Die *Social Identity Theory* (Tajfel 1982) ist allerdings – zumindest für unsere Fragestellung – ergänzungsbedürftig. Ihre Annahme, dass eine stärkere Eigengruppen-Identifikation mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Fremdgruppen einhergeht, vermag nicht zu erklären, warum Ressentiments gegenüber Muslim*innen in Europa in den letzten Dekaden weiter verbreitet sind als gegenüber anderen Migrant*innengruppen (Strabac und Listhaug 2008). Einen Faktor, dessen Bedeutung die *Social Identity Theory* für die Formation antimuslimischer Vorurteile unterschätzt, sind subjektive Bedrohungswahrnehmungen (Pickel und Yendell 2016). Letztere beschreibt die *Integrated Threat Theory* (Stephan und Stephan 1996). Sie postuliert, dass die Identifikation mit der Eigengruppe vor allem dann gruppenbezogene Vorurteile nach sich zieht, wenn die *Fremdgruppe als bedrohlich wahrgenommen* wird. Konzeptionell unterscheiden Stephan und Stephan (1996) zwischen realistischen und symbolischen Bedrohungswahrnehmungen. In realistischen Bedrohungswahrnehmungen betrachtet die Eigengruppe die Fremdgruppe als eine Gefahr für ihre physische und materielle Existenz. Symbolische Bedrohungen treten dann auf, wenn die Fremdgruppe als Risiko für die moralischen Standards und Werte der Eigengruppe angesehen wird (Stephan und Stephan 1996, S. 418). Beide Bedrohungswahrnehmungen werden in gesellschaftlichen Diskursen und in der medialen Berichterstattung über den Islam bedient – und dies hat Konsequenzen: So wird die islamische Religion von vielen Bürger*innen mit Fanatismus, Gewaltbereitschaft und der Unterdrückung von Frauen in Verbindung gebracht (Pollack et al. 2014). In der Realität dürften islamistische Terroranschläge in europäischen Metropolen (z. B. Paris, Nizza, Barcelona, Stockholm, London, Berlin) bestehende Bedrohungswahrnehmungen gegenüber Muslim*innen verstärkt haben – und gleich mehrere Studien belegen, dass letztere als die zentrale Triebkraft antimuslimischer Vorurteile angesehen werden müssen (Ciftci 2012; Pickel und Öztürk 2018b; Pickel und Yendell 2016).

Nun ist die Liste „der Anderen“, die aus jenem vermeintlich homogenen „Wir“ ausgeschlossen werden soll, potenziell unbegrenzt und ziemlich lang:

Es kann – je nach Kontext – religiöse und ethnische Minderheiten wie Juden und Jüdinnen, Sinti*zze und Rom*nja, längst zu Staatsbürger*innen gewordene Migrant*innen, ihre Kinder und Enkel, als auch illegalisierte Einwander*innen treffen (Mudde 2007). Derzeit aber herrscht großer Konsens, dass seit den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 und der „Flüchtlingskrise“ von 2015 vor allem das „Feindbild Islam“ als Brandbeschleuniger für die Mobilisierungserfolge der Rechtspopulist*innen dienen konnte (statt vieler Kallis 2018). Dies zeigt auch die Vehemenz mit der Spindoktor*innen rechtspopulistischer Parteien versuchen, dieses Feindbild immer wieder neu zu befeuern. Die Rhetorik zielt darauf, Bürger*innen, die Ressentiments gegen Muslim*innen hegen, für ihre politischen Ambitionen zu gewinnen. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass die Instrumentalisierung dieses Themas für Europas Rechtspopulist*innen äußerst ertragreich sein kann. Im Gegensatz zu den Liberalisierungstendenzen, die die Wertewandelforschung zum Beispiel mit Blick auf Akzeptanz sexueller Minderheiten verzeichnet (Alexander et al. 2016), sind ablehnende Haltungen gegenüber Muslim*innen – die in Europa auf einem recht hohen, wenn auch variierten Niveau existieren – vergleichsweise konstant geblieben oder sogar gestiegen (Pickel und Öztürk 2018a).

Im Gegensatz zum kruden, offenen Rassismus der neuen Rechten der 1960er und 1970er Jahre reicht die zeitgenössische Islam- und Muslim*innenfeindlichkeit bis in den Mainstream europäischer Gesellschaften, womit größere Wähler*innensegmente erreicht werden können (Kallis 2018). Ethnische Ressentiments gegen Türk*innen und Araber*innen stellen deswegen kein Relikt der Vergangenheit dar, doch wurden sie von einem kulturellen Rassismus überlagert, in der der Islam zu einer Differenzfolie avanciert ist, auf dessen Grundlage Fremd- und Eigengruppen konstruiert werden (Attia 2007; Shooman 2014). Diese Grenzziehung lebt bis heute von historisch tief verwurzelten Stereotypen über die islamische Welt, einer nativistischen Ablehnung von muslimischen Migrant*innen, einem säkularen Unbehagen mit religiösen Gruppen, aber auch von neueren Bedrohungswahrnehmungen, die vor allem mit dem Aufkommen des jihadistischen Terrorismus zusammenhängen. Hinzu kommen wiederkehrende Debatten um eine misslungene Integration von Europas Muslim*innen, die pauschalisierend als intolerant, dogmatisch, homophob, misogyn oder antisemitisch und somit als kulturelle Bedrohung dargestellt werden (Benz 2017; Brubaker 2017; Kallis 2018; Said 1978). Auch weil es für diese regressiven Tendenzen in bestimmten Milieus muslimischer Communities durchaus reale Anhaltspunkte gibt (Koopmans 2015; Röder 2018; Röder und Mühlau 2014), sind diese pauschalisierenden – zum Teil rassistisch konnotierten – Sprechweisen über Muslim*innen gesellschaftlich wenig tabuisiert (Hafez 2014).

Diese Gemengelage hat für Muslim*innen zur Konsequenz, dass sie gruppenbezogenen Vorurteilen ausgesetzt sind und immer seltener in ihrem variierenden Glauben und ihrer individuellen Vielfalt wahrgenommen werden (Pickel, G. 2019; Wetzel 2012). Muslim*innenfeindlichkeit zeichnet sich folglich durch generalisierende, abwertende Haltungen gegenüber Muslim*innen aus, die als Gruppe über ihre Religionszugehörigkeit identifiziert werden – wobei letztere pauschalierend mit negativen Eigenschaften in Verbindung gebracht wird (Bleich 2011; Kaya 2015). Worauf auch immer die Formation muslim*innenfeindlicher Haltungen im Einzelfall beruhen mag, ihre Existenz versorgt rechtspopulistische Parteien mit einer ressentimentgeladenen Audienz, welche nicht nur im „lunatic fringe“, sondern im Mainstream der Gesellschaft verortet ist (Kallis 2018). Damit dürfte das Kalkül rechtspopulistischer Parteien umrissen sein: Ihre islam- und muslim*innenfeindlichen Positionierungen zielen auf die Segmente der Wähler*innenschaft, die für das „Feindbild Islam“ empfänglich sind. Ein Indiz hierfür ist, dass Europas Rechtspopulist*innen ihre zwei Markenkerne – Elitenschelte und nativistisch motivierte Muslim*innenfeindlichkeit – immer häufiger miteinander verknüpfen. Der mitschwingende Vorwurf: Das politische Establishment ist im besten Falle nicht gewillt der vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes entgegenzutreten oder treibt diese im schlimmsten Falle sogar bewusst voran (Keskinkılıç 2019). Sollte dieses auf Maximierung von Wähler*innenstimmen ausgerichtete Kalkül aufgehen, müsste sich plausibilisieren lassen, dass (H1) *muslim*innenfeindliche Haltungen die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien erhöhen*.

An dieser Stelle könnte nun der Einwand erhoben werden, dass der für uns postulierte Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus in westeuropäischen und skandinavischen Gesellschaften eine Relevanz hat, aber nicht ohne weiteres auf osteuropäische Nationen übertragbar ist. Tatsächlich findet sich bei Mudde (2007, S. 85 f.) die (implizite) Annahme, dass eine erfolgreiche Instrumentalisierung des Feindbildes Islam an die Anwesenheit muslimischer Migrant*innen gebunden ist. Da in vielen osteuropäischen Gesellschaften, mit Ausnahme Bulgariens und den überwiegend muslimisch geprägten Ländern (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien), kaum Muslim*innen leben, habe die Muslim*innenfeindlichkeit keinen prominenten Platz in den Diskursen rechtspopulistischer Parteien eingenommen. Ihre nativistische Abwertung von Fremdgruppen konzentriere sich in erster Linie auf regionale oder ethnische Minderheiten wie die Rom*nja (siehe auch von Beyme 2019). Für das Mobilisierungspotenzial antimuslimischer Ressentiments durch Osteuropas Rechtspopulist*innen dürfte sich jedoch die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 als Zäsur erwiesen haben. Gerade die innereuropäischen Konflikte über bindende

Quoten zur Verteilung von Geflüchteten haben dazu geführt, dass die Bereitschaft zur Aufnahme muslimischer Migrant*innen zu einer salienten politischen Streitfrage avanciert ist. Gleich mehrere Studien beschreiben wie islam- und muslim*innenfeindliche Diskurse in osteuropäischen Gesellschaften an Bedeutung gewonnen haben und wie sich rechtspopulistische Akteure seitdem – ähnlich wie in Westeuropa und Skandinavien – als Verteidiger des christlichen Abendlandes und Bollwerk gegen eine Invasion der Muslim*innen inszenieren (Dudzińska und Kotnarowski 2019; Hafez 2018; Krekó et al. 2019; Slačálek und Slobodová 2018).

Da sich durch die Migrationsströme von 2015 aber wenig an der kaum gegebenen Präsenz von Muslim*innen geändert hat – da für die meisten Geflüchteten Länder wie Ungarn oder die Slowakei allenfalls Transitstationen waren – deutet vieles darauf hin, dass der Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus entkoppelt von der praktischen Anwesenheit von Muslim*innen operieren kann. Allein das Schreckgespenst einer Islamisierung des Abendlandes scheint seine Wirkung entfachen zu können (Öztürk und Pickel 2019). Sollte sich die Muslim*innenfeindlichkeit tatsächlich zu einem paneuropäischen Mobilisierungs-garanten für Rechtspopulist*innen entwickelt haben, müsste sich aufzeigen lassen, dass (H2) *der Individualzusammenhang zwischen muslim*innenfeindlichen Haltungen und der Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien nicht maßgeblich vom prozentualen Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung konditioniert wird.*

Die *heavy-rotation* islam- und muslim*innenfeindlicher Positionen nutzen rechtspopulistische Parteien letztlich für das Werben um Wähler*innenstimmen. Dieses *vote-seeking* ist allerdings einem größeren Ziel untergeordnet: Sie streben nach Regierungsjahren, um politische Gestaltungsmacht zu erlangen (Strøm 1990). Fakt ist: Der viel beschworene *cordon sanitaire* ist in den letzten Jahren brüchig geworden. Rechtspopulistische Politiker*innen sind nicht nur in fast allen europäischen Parlamenten vertreten, es ist ihnen auch gelungen in einer ganzen Reihe von Ländern in Regierungsverantwortung zu gelangen. Da stellt sich die Frage, ob ihnen ein antimuslimisches Gesellschaftsklima den Weg geebnet hat oder dabei hilft ihre Macht zu konsolidieren, wenn sie – einmal an die Schaltstellen der Macht gewählt – eine strikte Anti-Immigrationspolitik intonieren? Und möglicherweise kann ein von Rechtspopulist*innen kultiviertes Schreckgespenst einer „Islamisierung des Abendlandes“ besonders gut an jenen Orten gedeihen, an denen kaum Muslim*innen leben (Górak-Sosnowska 2016; Marfouk 2019; Pickel und Öztürk 2018b; Pickel und Yendell 2016; Schlueter et al. 2019). Sollte diese „Muslim*innenfeindlichkeit ohne Muslim*innen“ für rechtspopulistische Parteien eine Dividende bereithalten, müsste sich aufzeigen lassen, dass (H3) *die*

*Prävalenz eines antimuslimischen Gesellschaftsklimas den machtpolitischen Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien begünstigt hat – was darauf hindeutet würde, dass Rechtspopulist*innen paradoxerweise gerade von der Abwesenheit von Muslim*innen profitieren könnten.*

3 Forschungsdesign, Datenquellen, und methodisches Vorgehen

Zur empirischen Überprüfung der forschungsleitenden Hypothesen greifen wir auf die fünfte Welle der *European Values Study (2020)* zurück. Sie erlaubt es den potentiellen Nexus zwischen Muslim*innenfeindlichkeit und den Mobilisierungserfolgen rechtspopulistischer Parteien zu untersuchen, da die Bürger*innen befragt wurden, ob sie Muslim*innen als Nachbar*innen ablehnen und mit welcher Partei sie sich am ehesten identifizieren können. Die Information, ob diese Parteien als rechtspopulistisch klassifiziert werden können, wurde der *Popu-List* (Rooduijn et al. 2019) entnommen. Das untersuchte Sample haben wir auf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) begrenzt, da verstärkt dort eine Auseinandersetzung über einen quotenbasierten Schlüssel zur Verteilung von Asylsuchenden und Geflüchteten stattfindet. Eine weitere Restriktion erfährt das untersuchte Sample durch den Fokus auf rechtspopulistische Parteien. Ausgeschlossen wurden Fälle, in denen sich zum Zeitpunkt des Surveys keine Befragten finden, die mit diesen Parteien sympathisieren (z. B. in Spanien und Litauen). Hinzu kommen Fälle, in denen die Anzahl der Sympathisant*innen für rechtspopulistische Parteien 20 Befragte unterschreitet (z. B. Rumänien). Eine solch geringe Fallzahl macht gehaltvolle statistische Analysen unmöglich (Lubbers und Coenders 2017). Insgesamt analysieren wir den Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus in 17 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, in denen mindestens eine rechtspopulistische Partei Fuß fassen konnte (siehe Tab. 1). Zwar stellt diese geringe Fallzahl für vergleichend angelegte Untersuchungen und bestimmte methodische Herangehensweisen ein Problem dar. Nichtsdestotrotz halten wir die European Values Study (2020) für eine geeignete Datenquelle zur Überprüfung unserer forschungsleitenden Hypothesen. Mit dem Survey können Gesellschaften vergleichend untersucht werden, die mit Blick auf den prozentualen Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung sowie den Etablierungserfolgen rechtspopulistischer Parteien eine große Heterogenität aufweisen. Es lässt sich untersuchen, (H1) ob ablehnende Haltungen gegenüber Muslim*innen eine Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien begünstigt, (H2) inwiefern sich dieser Individualzusammenhang zu einem paneuropäischen

Tab. 1 Überblick über die untersuchten rechtspopulistischen Parteien und ihre aktuelle Stellung im politischen System

Land	Rechtspopulistische Parteien	Anzahl der Wähler*innen im EVS 2017	Aktuelle Stellung der Partei(en) im politischen System
Bulgarien	Nationale Front für die Rettung Bulgariens (NFSB)	1	NFSB ist Teil einer Regierungskoalition im dritten Kabinett von Borisov (GERB)
	Wille (Volya)	30	
	Angriff (Ataka)	15	
	Bulgarische Nationalbewegung (IMRO)	59	
Dänemark	Dänische Volkspartei (DF)	378	Die DF hat derzeit 16 und die NB 4 Sitze im Parlament
	Die neue Rechte (NB)	35	
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	108	Die AfD hat seit der letzten Wahl 94 Sitze im Parlament
Estland	Estnische konservative Volkspartei (EKRE)	114	EKRE ist Teil einer Regierungskoalition im zweiten Kabinett von Ratas (Zentrumspartei)
Finnland	Wahre Finnen (PS)	90	Die PS hat seit der letzten Wahl 39 Sitze im Parlament
Frankreich	Steh gerade Frankreich (DLF)	26	DLF hat derzeit 1 und der FN 8 Sitze im Parlament
	Nationale Front (FN)	142	
Großbritannien	Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs (UKIP)	58	UKIP hat derzeit keinen Sitz im Parlament
Italien	Brüder Italien (FdI)	49	FdI hat derzeit 31 und die LN 124 Sitze im Parlament
	Lega Nord (LN)	266	

(Fortsetzung)

Tab. 1 (Fortsetzung)

Land	Rechtspopulistische Parteien	Anzahl der Wähler*innen im EVS 2017	Aktuelle Stellung der Partei(en) im politischen System
Kroatien	Kroatisches demokratisches Bündnis Slawoniens und Baranjas (HDSSB)	2	HDSSB hat seit der letzten Wahl 1 Sitz im Parlament
	Kroatische Partei des Rechts (HSP)	25	
Niederlande	Forum für Demokratie (FvD)	96	FvD hat derzeit 1 und die PVV 20 Sitze im Parlament
	Partei für die Freiheit (PVV)	173	
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	268	FPÖ hat seit der letzten Wahl 31 Sitze im Parlament
Polen	Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung (KORWIN)	15	Die PiS stellt seit 2015 die Regierung
	Kukiz-Bewegung (Kukiz'15)	88	
	Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS)	424	
Schweden	Schwedendemokraten (SD)	80	SD hat seit der letzten Wahl 62 Sitze im Parlament
Slowakei	Kotlebianer – Volkspartei Unsere Slowakei (ĽSNS)	61	SR ist Teil einer Regierungskoalition im Kabinett von Matovic (Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten)
	Slowakische Nationalpartei (SNS)	74	
	Wir sind eine Familie (SR)	65	
Slowenien	Slowenische Demokratische Partei (SDS)	113	Die SDS ist Teil einer Regierungskoalition im Kabinett von Jansa (SDS)

(Fortsetzung)

Tab. 1 (Fortsetzung)

Land	Rechtspopulistische Parteien	Anzahl der Wähler*innen im EVS 2017	Aktuelle Stellung der Partei(en) im politischen System
	Slowenische National Partei (SNS)	12	
Tschechien	Freiheit und direkte Demokratie (SPD)	99	SPD hat seit der letzten Wahl 22 Sitze im Parlament
	Morgendämmerung – Nationale Koalition (Dawn)	5	
Ungarn	Ungarischer Bürgerbund (FIDESZ)	536	FIDESZ und KDNP stellen die Regierung
	Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik)	128	
	Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)	43	

Quelle: EVS 2020, The PopuList 2.0 & Parliaments and Government Database. Eigene Darstellung

Phänomen entwickelt hat, welcher losgelöst von der An- oder Abwesenheit von Muslim*innen operieren kann und (H3), ob die Prävalenz eines antimuslimischen Gesellschaftsklimas den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien begünstigt hat.

Die kontextuellen Informationen über den Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung und die Stellung der rechtspopulistischen Parteien in den politischen Systemen wurden einer Veröffentlichung des *PEW Research Centers* (2011) und der *Parliaments and Government Database* (Döring und Manow 2019) entnommen. In der Untersuchung differenzieren wir zwischen rechtspopulistischen Parteien in der Opposition (z. B. die AfD in Deutschland) und rechtspopulistischen Parteien in Machtpositionen (z. B. die Fidesz in Ungarn).

Für eine Plausibilisierung der *ersten Hypothese* präsentieren wir – für jedes Land unserer Fallauswahl – die Ergebnisse logistischer Regressionen (Hosmer und Lemeshow 2004). Die logistische Regression ist eine angemessene, statistische Prozedur für unser Erkenntnisinteresse, weil die abhängige Variable einen binären Charakter aufweist: Entweder identifizieren sich Individuen mit rechtspopulistischen Parteien oder sie tun dies nicht. Da auch Informationen über die Ablehnung muslimischer Nachbar*innen vorliegen, kann somit untersucht werden, ob muslim*innenfeindliche Einstellungen die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien erhöht. Auch wenn

dieser Zusammenhangsvermutung das Hauptaugenmerk der Untersuchung gilt, wollen wir damit nicht insinuieren, dass die Sympathie von Bürger*innen für rechtspopulistische Parteien monokausal erklärt werden könnte. Die *European Values Study* (2020) erlaubt es, gängige Erklärungsfaktoren für die Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien jenseits gruppenbezogener Vorurteile gegen Muslim*innen zu berücksichtigen. Eingang in unsere Analyse findet die individuelle Unzufriedenheit mit nationalen politischen Institutionen (Ziller und Schübel 2015) und der Europäischen Union (Werts et al. 2013), die Bejahung eines exkludierenden Nationalismus (Bar-On 2018; Brubaker 1996), die Befürwortung anti-egalitärer Geschlechterordnungen und anti-liberaler Sexualnormen (Alexander und Welzel 2017), sowie die Abhängigkeit von Sozialleistungen in den letzten fünf Jahren, um der sogenannten Modernisierungsverliererhypothese (Betz 1994) Rechnung zu tragen. Als weitere sozialstrukturelle Robustheits-Checks kontrollieren wir den Bildungsgrad, das biologische Geschlecht und das Alter der Befragten. Angelehnt an die Untersuchungen von Norris und Inglehart (2019), differenzieren wir zwischen vier Alterskohorten: der Interwar-Generation (geboren vor 1945), den Baby Boomers (1946 bis 1964), der Generation X (1965 bis 1979) und den Millennials (1980 bis 2000). Weitere Informationen zur Operationalisierung dieser theoretischen Konstrukte bzw. Variablen können dem Anhang entnommen werden.

Für die *zweite Hypothese* bzw. für die Frage, ob dieser Individualzusammenhang maßgeblich vom prozentualen Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung moderiert wird, würde man oft die Mehrebenenanalyse (Gelman und Hill 2007; Hox 2010) als das angemessene Verfahren ansehen, weil mit ihr Cross-Level-Interaktionen modelliert werden können. Da unser Sample aber nur 17 Fälle umfasst, macht dieses methodische Vorgehen aufgrund des problematischen Verhältnisses von kontextuellen und individuellen Untersuchungseinheiten jedoch wenig Sinn (Hox 2010; Stegmueller 2013). Wir greifen stattdessen auf ein *two-step design* zurück (Achen 2005; Lewis und Linzer 2005). Dies bedingt eine starke Simplifizierung des Vorgehens: Wir nutzen die durchschnittlichen marginalen Effekte aus den logistischen Regressionen, die uns eine vergleichbare Auskunft über die variierende Stärke des individuellen Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus liefern (Schritt 1) und setzen diese mit dem prozentualen Anteil der muslimischen Bevölkerung in den untersuchten Gesellschaften in Verbindung (Schritt 2). Sollte hierbei kein eindeutiges empirisches Muster erkennbar sein, interpretieren wir das als eine Plausibilisierung unserer Annahme, dass Europas Rechtspopulist*innen länderübergreifend – und zwar entkoppelt von der An- oder Abwesenheit von Muslim*innen – aus muslim*innenfeindlichen Einstellungen eine Dividende schlagen konnten.

An dieser Stelle muss betont werden, dass die durchschnittlichen marginalen Effekte lediglich vergleichbare Erkenntnisse über die Stärke von Individualzusammenhängen liefern (Mood 2010). Relevante Informationen für die *dritte Hypothese*, die der varierenden Prävalenz antimuslimischer Einstellungen eine Bedeutung für den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien attestiert, halten sie nicht bereit. Hierfür ist ein Perspektivwechsel von der Individual- auf die Gesellschaftsebene notwendig. Zur Plausibilisierung unserer Annahme, dass rechtspopulistische Parteien aus jener „Muslim*innenfeindlichkeit ohne Muslim*innen“ Profit schlagen, präsentieren wir gruppierte Boxplots. Mit ihnen kontrastieren wir die Prävalenz eines antimuslimischen Gesellschaftsklimas von Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien aus der Opposition heraus agieren, mit jenen Ländern, in denen es ihnen gelungen ist, in Regierungsverantwortung zu gelangen.

4 Empirische Belege für den Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus

Wären die Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa ohne das Schreckgespenst einer „Islamisierung des Abendlandes“ möglich gewesen? Erste Indizien für den postulierten Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus liefert eine Kontrastierung der prozentualen Ablehnung muslimischer Nachbar*innen zwischen Wähler*innen rechtspopulistischer und anderer Parteien (siehe Tab. 2). In aller Regel ist die prozentuale Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien höher – wobei in Rechnung gestellt werden muss, dass die Prävalenz dieses antimuslimischen Orientierungsmusters in dem untersuchten Sample eine große Spannweite aufweist. Während bspw. in Kroatien und Bulgarien nur einer von zehn Sympathisant*innen dieser Parteien bekundet Muslim*innen als Nachbar*innen abzulehnen, sind es in der Slowakei, Estland, Finnland und Tschechien mehr als 50 % der Befragten mit einer rechtspopulistischen Parteiidentifikation.

Jenseits dieser zwischengesellschaftlichen Unterschiede ist der Tab. 2 allerdings ein klares empirisches Muster zu entnehmen: *Rechtspopulistische Parteien sind zu einem Sammelbecken für Bürger*innen geworden, die Ressentiments gegenüber Muslim*innen hegen.* In der Regel ist die Ablehnung von Muslim*innen in ihren Reihen deutlich ausgeprägter als unter Wähler*innen nicht-rechtspopulistischer Parteien. Besonders markant sind diese Unterschiede in Deutschland, Estland und Finnland, aber auch in Österreich, Ungarn, Tschechien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Polen. Die Differenz in den

Tab. 2 Vergleich der prozentualen Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter Wähler*innen rechtspopulistischer und anderer Parteien

Land (Parteien)	Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien (%)	Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter Wähler*innen anderer Parteien (%)	Differenz zwischen Wähler*innen rechtspopulistischer und anderer Parteien (%)
Tschechien (SPD & Dawn)	78.8	56.5	+22.3
Finnland (PS)	62.2	20.2	+40.0
Estland (EKRE)	57.9	26.5	+31.4
Slowakei (L'SNS, SNS & SR)	54.8	57.2	-2.4
Deutschland (AfD)	49.0	10.3	+38.7
Ungarn (FIDESZ, Jobbik & KDNP)	48.3	27.8	+20.5
Polen (KORWIN, Kukiz'15 & PiS)	47.4	18.1	+29.3
Österreich (FPÖ)	39.8	18.8	+20.0
Niederlande (FvD & PVV)	39.1	12.3	+26.8
Dänemark (DF & NB)	36.1	9. 1	+27.0
Schweden (SD)	33.8	5.6	+28.2
Slowenien (SDS & SNS)	32.8	28.0	+4.8
Italien (FdI & LN)	24.4	18.7	+5.7

(Fortsetzung)

Tab. 2 (Fortsetzung)

Land (Parteien)	Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien (%)	Ablehnung muslimischer Nachbar*innen unter Wähler*innen anderer Parteien (%)	Differenz zwischen Wähler*innen rechtspopulistischer und anderer Parteien (%)
Großbritannien (UKIP)	20.7	5.3	+15.4
Frankreich (DLF & FN)	20.5	6.7	+13.8
Kroatien (HDSSB & HSP)	18.5	13.2	+5.3
Bulgarien (NFSB, Volya, Ataka & IMRO)	12.2	21.0	-8.8

Quelle: European Values Study 2020 & The PopuList 2.0

Einstellungsmustern zwischen den Wähler*innengruppen liegt zwischen 20 und 40 Prozentpunkten – was nicht der Ironie entbehrt, wenn man sich vor Augen hält, dass sich Rechtspopulist*innen gerne als Sprachrohr einer „schweigenden Mehrheit“ inszenieren. Eine Abweichung von diesem empirischen Muster kann lediglich in der Slowakei und Bulgarien beobachtet werden. Dass die Ablehnung muslimischer Nachbar*innen in Bulgarien unter Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien im Vergleich zu Sympathisant*innen anderer Parteien geringer ausfällt, ist angesichts der Historie Bulgariens etwas überraschend. Da auch antimuslimische Diskurse zum nationalistischen Standardrepertoire der Wahlkampagnen der NFSB, Volya, Ataka und IMRO gehören, hätte man deutlichere Differenzen erwarten können (Sakir 2019). Im Fall der Slowakei ist diese Abweichung inhaltlich zu vernachlässigen. Die Sympathisant*innen rechtspopulistischer und nicht-rechtspopulistischer Parteien trennen gerade einmal 2,4 Prozentpunkte und in beiden Gruppen spricht sich die Mehrheit für eine Nachbarschaft ohne Muslim*innen aus. Kurzum: In der slowakischen Gesellschaft scheint es so etwas wie einen „antimuslimischen Grundkonsens“ zu geben, sodass es keine nennenswerte Unterschiede zwischen den beiden Wähler*innengruppen gibt.

Betrachten wir die Entscheidung für die Wahl rechtspopulistischer Parteien einmal genauer. Wie den Regressionsergebnissen in Tab. 3 entnommen werden kann, sind *antimuslimische Ressentiments auch unter Kontrolle alternativer*

Tab. 3 Der Effekt einer Ablehnung muslimischer Nachbar*innen und alternativer Erklärungsfaktoren auf die Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien

Abhängige Variable	Identifikation mit einer rechtspopulistischen Partei (Ref.: andere Parteien)	Bulgarien NFSB, Volya, Ataka & IMRO	Dänemark DF & NB	Deutschland AfD	Estland EKRE	Finnland PS	Frankreich DLF & NF	Großbritannien UKIP	Italien FdI & LN	Kroatien HDSSB & HSP
Ablehnung muslimischer Nachbar*innen (Ref.: nein)	-.078***	.098***	.043***	.092***	.074***	.036	.031***	.052***	.012	
Mistrauen in nationale pol. Institutionen	.143***	.042	.232***	.291***	.068	.104***	.074***	-.226***	-.011	
Mistrauen in die Europäische Union	-.003	.232***	.073***	.221***	.093***	.113***	.053***	.275***	.059*	
Exkludierender Nationalismus	-.027	.152***	.094***	.059	.028	.151***	.028*	.054	.070***	
Anti-egalitäre Geschlechterverhältnisse	-.064	.068***	.077***	-.084	.123***	.087***	.035	-.058	-.016	
Anti-literale Sexualnormen	-.006	.020***	-.000	.019	-.000	.015	.000	-.016	.001	
Wirtschaftliche Deprivation (Ref.: nein)	-.079	.043*	-.052***	-.049	.016	.002	.002	-.006	-.018	
Hoher Bildungsschluss (Ref.: andere Abschilfisse)	-.093***	-.059***	.005	.012	-.030*	-.056***	-.009	-.036	.020	
Biologisches Geschlecht (Ref.: Frauen)	.077***	-.005	.015	.108***	.029*	.019	.002	-.004	.007	
Generation X (Ref.: Millennials)	.016	-.002	.006	.027	.006	-.005	.002	.014	-.004	

(Fortsetzung)

ab. 3 (Fortsetzung)

(Fortsetzung)

Tab. 3 (Fortsetzung)

Abhängige Variable	Identifikation mit einer rechspopulistischen Partei (Ref.: andere Parteien)						
Hoher Bildungsabschluss (Ref.: andere Abschlüsse)	-.030***	-.162***	-.069***	-.007	-.043	-.057	-.019
Biologisches Geschlecht (Ref.: Frauen)	.049***	.054***	.014	.010	.049**	-.019	.008
Generation X (Ref.: Millennials)	-.031	-.006	-.079*	.009	-.055	.036	-.037
Baby Boomers (Ref.: Millennials)	-.058***	-.056*	-.093***	.034	-.083***	-.101*	-.045
Interwar-Generation (Ref.: Millennials)	-.050***	-.124***	-.138***	.012	-.180***	-.171***	-.106***
Likelihood-Ratio Test	353.63***	180.41***	274.81***	134.93***	50.91***	42.53***	53.30***
Pseudo R-Quadrat	.271	.161	.353	.290	.054	.082	.119
Observationen	1.779	1.172	538	918	991	473	853
							876

Quelle: EVS 2020 & The PopuList 2.0. Anmerkung: In der Tabelle werden die Ergebnisse logistischer Regressionen dargestellt. Bei den Einträgen handelt es sich um Average Marginal Effects. * < .10, ** < .05, *** < .01

Erklärungsfaktoren und sozialstruktureller Merkmale der Befragten ein gewichtiger Beweggrund für die Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien. Mit Ausnahme der abweichenden Fälle der Slowakei und Bulgarien lässt sich beobachten, dass die individuelle Ablehnung muslimischer Nachbar*innen die Chance einer Sympathie für rechtspopulistische Parteien erhöht. In 12 der 17 untersuchten Gesellschaften ist dieser Effekt signifikant und stützt den (H1) postulierten Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus (die durchschnittlichen marginalen Effekte variieren zwischen .036 in Großbritannien und .127 in Polen). Muslim*innenfeindlichkeit ist in den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten der EU weit verbreitet und kann als Quelle für die Unterstützung von Rechtspopulist*innen dienen. Antimuslimische Ressentiments sind somit Teil der Erfolgsformel von rechtspopulistischen Parteien. Zu letzterer gehören – neben den kollektiven Grenzziehungen gegenüber den Muslim*innen – ein tiefesitzendes Misstrauen gegenüber den nationalen und europäischen Eliten sowie ein exkludierender Nationalismus, in dem sich der Stolz auf die eigene Nation und die Befürwortung von Abstammungsprinzipien zur Markierung von Eigen- und Fremdgruppen verbindet. Auch politische Unzufriedenheit mit den Kerninstitutionen des nationalen politischen Systems sind ein Kennzeichen von Sympathisant*innen rechtspopulistischer Parteien.

Dies gilt zumindest so lange, wie sie aus der Opposition heraus agieren. Durchbrechen rechtspopulistische Parteien den *cordon sanitaire* verhält es sich anders. Dann schwindet – relativ gut nachvollziehbar – die Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen. Im Gegenteil, es findet sich eine hohe Zufriedenheit, die in dieser Stärke vermutlich weniger politischen Entscheidungen als einer Unterstützungsideologie geschuldet ist. In Österreich, Italien, aber vor allem in Polen und Ungarn – allesamt Fälle, in denen zum Zeitpunkt der Befragung rechtspopulistische Parteien Machtpositionen bekleideten – finden sich Bürger*innen, die der Legislative, Exekutive, und Judikative misstrauen, häufiger unter den Sympathisant*innen nicht-rechtspopulistischer Parteien. Ob politische Unzufriedenheit mit den nationalen politischen Institutionen einen Push-Faktor für die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien darstellt, ist abhängig von ihrem Etablierungserfolg im politischen System (Krause und Wagner 2019).

Etablierungserfolge (rechts-)populistischer Parteien führen im eigenen Wähler*innenklientel zu einer Versöhnung mit dem politischen System. Rechtspopulistischen Parteien deshalb die Rolle eines politischen Korrektivs zuzusprechen wäre trotzdem problematisch. Hierfür reicht ein Blick auf ihre antidemokratischen Aktivitäten im Amt und den Exklusionscharakter ihrer ideologischen Ausrichtung. In Polen und Ungarn z. B. vertrauen Anhänger*innen rechtspopulistischer Parteien einem politischen System, in dem die Gewaltenteilung sukzessive außer

Kraft gesetzt wird (Vadhanavisala 2020) – was darauf hindeutet, dass ihrer Zufriedenheit mit dem politischen Status quo ein anti-liberales Demokratieverständnis zugrunde liegt. Ein probates Mittel für Rechtspopulist*innen in Machtpositionen ist es zudem, ihre *Elitenschelte auf die Europäische Union und internationale Akteur*innen umzulenken*. Diese Taktik ist von Erfolg gekrönt, wie den Regressionsergebnissen entnommen werden kann: In Österreich, Italien, Polen und Ungarn ist die Unzufriedenheit mit der Europäischen Union ein herausragender Antriebfaktor für die Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien. Letztere profitieren länderübergreifend von einem Unbehagen mit den vermeintlich bürgerfernen Eliten in Brüssel und Straßburg. Rhetorisch insinuieren rechtspopulistische Akteure eine Verbindung zwischen (politischen) Eliten und den Migrationsbewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten und schrecken vor der Verbreitung von Verschwörungstheorien nicht zurück. Ein illustratives Beispiel hierfür sind Victor Orbáns Anschuldigungen gegenüber Georg Soros (einem aus Ungarn stammenden Juden, der sich als Finanzinvestor und Unterstützer liberaler Bürgerrechtsorganisationen einen Namen gemacht hat). Ihm und seinen vermeintlichen Mitverschwörern in Brüssel und Straßburg wird vorgeworfen die Migrationsbewegungen von 2015 orchestriert zu haben, um die „Islamisierung Europas“ und den „großen Austausch“ bzw. eine „Umvolkung“ voranzutreiben (Hafez 2017). Mehrere Studien zeigen, dass die Feindbilder der Europäischen Union und „des Islam“ sowie ein ausgrenzender Nationalismus eng miteinander verwoben sind und in ihrer Kombination den Normalfall unter den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien darstellen (Stockemer et al. 2018; Pickel und Öztürk 2021).

Selbst wenn andere Vorurteile und Ressentiments auch ihren Platz im Arsenal der Feindbilder von Rechtspopulist*innen besitzen, sind die islam- und muslim*innenfeindlichen Ressentiments für die elektorale Erfolgswelle rechtspopulistischer Parteien von größerer Bedeutung als anti-feministische Positionierungen oder regressive Sexualnormen – womit deren Relevanz für rechte Weltbilder keineswegs heruntergespielt werden soll. Nichtdestotrotz sind es eher durch Bedrohungswahrnehmungen verstärkte Vorurteile (Pickel und Yendell 2016; Pickel et al. 2020a, b), die Wähler*innen in die Hände rechtspopulistischer Parteien treiben. Entsprechend liefern unsere Ergebnisse wenig empirischen Rückhalt für die Modernisierungsverliererhypothese, welche eine (angeblich) große Empfänglichkeit für die Positionen rechtspopulistischer Parteien in den Reihen prekarisierter Milieus verortet. Lediglich in Österreich und Schweden bekunden Individuen, die in den letzten fünf Jahren auf Sozialleistungen zurückgreifen mussten, eine größere Sympathie für rechtspopulistische Parteien. An dieser Stelle stehen unsere Befunde im Einklang mit der Cultural-Backlash-Theorie (Norris und Inglehart 2019) und auch anderen Ergebnissen, welche die Modernisierungsverliererthese

als begrenzt hilfreich für die Erklärung der Wahl rechtspopulistischer Parteien deuten (Lengfeld und Dilger 2018). Es sind *diffuse, kulturelle Bedrohungswahrnehmungen* – die in Europa mit islam- und muslim*innenfeindlichen Diskursen entzündet wurden – und weniger ökonomische Deprivationserfahrungen, die als treibende Kraft hinter den Wahlerfolgen der Rechtspopulist*innen ausgemacht werden können (siehe auch Lengfeld 2017; Pickel, S. 2019; Rippl und Seipel 2018).

All das bedeutet nicht, dass sozialstrukturelle Faktoren für die Popularität von Rechtspopulist*innen bedeutungslos sind. Ihr politisches Angebot ist für hochgebildete Individuen vergleichsweise weniger attraktiv, ihre Anhänger sind häufiger Männer als Frauen, und es sind häufiger die jüngeren Kohorten, die sich mit diesen Parteien identifizieren können – was gegen die Annahme spricht, dass ihre Kernanhängerschaft kurz- bis mittelfristig das Zeitalter segnen wird (Eatwell und Goodwin 2018).

Resümierend betrachtet, gehören Islam- und muslim*innenfeindliche Einstellungsmuster eindeutig zu einem Konglomerat von Faktoren, die Bürger*innen länderübergreifend für das politische Angebot rechtspopulistischer Parteien empfänglich machen. Eine Stimme für Rechtspopulist*innen scheint für viele Bürger*innen zugleich ein Votum gegen die viel beschworene Islamisierung des Abendlandes zu sein. Doch findet diese wirklich statt? Ist der Glaube an Letztere das Resultat realer Konflikte zwischen Nichmuslim*innen und Muslim*innen? In Abb. 1 wurde – im Sinne des zuvor beschriebenen *two-step Designs* (Achen 2005; Lewis und Linzer 2005) – die Stärke des Individualzusammenhangs zwischen der Ablehnung muslimischer Nachbar*innen und der Sympathie für rechtspopulistische Parteien mit dem prozentualen Anteil der Muslim*innen in Verbindung gesetzt. Wie dieser Visualisierung recht leicht zu entnehmen ist, operiert der (H2) *Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus in dem untersuchten Sample entkoppelt von prozentualem Anteil muslimischer Communities* ($r = -.181$, $p = .500$). Ob in Ländern, in denen Muslim*innen eine nennenswerte Minorität bilden (z. B. in Schweden oder Deutschland) oder in Ländern, in denen Muslim*innen nur einen marginalen Anteil der Bevölkerung ausmachen (z. B. Polen und Ungarn), das Befeuern von antimuslimischen Ressentiments ist für rechtspopulistische Parteien zu einer paneuropäischen Strategie avanciert, die eine Maximierung von Wähler*innenstimmen verspricht.

Nun geben die präsentierten Regressionsergebnisse lediglich Auskunft darüber, ob die soziale Distanz gegenüber der religiösen Minderheit der Muslim*innen ein *individueller Beweggrund* ist, um für rechtspopulistische Parteien zu votieren. Es stellt sich die Frage, ob die *gesellschaftliche Prävalenz* von gruppenbezogenen

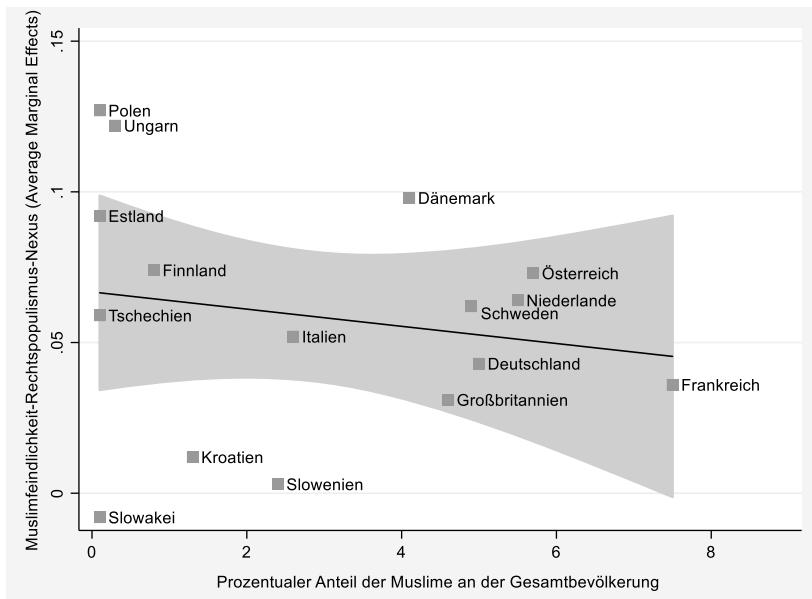


Abb. 1 Der moderierende Effekt des prozentualen Anteils der Muslime an der Gesamtbevölkerung auf den Individualzusammenhang einer Ablehnung von muslimischen Nachbar*innen und der Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien. (Quelle: EVS 2020, The PopuList 2.0 & PEW 2011. Anmerkung: Das Streudiagramm setzt den Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung mit der Stärke des Individualzusammenhangs einer Ablehnung muslimischer Nachbar*innen und der Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien ins Verhältnis. Der Fall Bulgarien wurde als statistischer Ausreißer aus der Darstellung ausgeschlossen.)

Vorurteilen gegen Muslim*innen den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien begünstigt haben. In den Fokus gerät somit ein gegen Muslim*innen gerichtetes Gesellschaftsklima und wie der Abb. 2 entnommen werden kann, ist für die Intensität der Verbreitung dieser Ressentiments die Präsenz von Muslim*innen keinesfalls zweitrangig: *Je höher der Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung, desto geringer die prozentuale Ablehnung von muslimischen Nachbar*innen* ($r = -.756, p = .0001$). Vice versa gilt, dass die Abwesenheit von Muslim*innen ein antimuslimisches Gesellschaftsklima begünstigt. Dieses empirische Muster mag auf den ersten Blick kontraintuitiv erscheinen. Dass sich Vorurteile und selektive Wahrnehmungen von Fremdgruppen in deren Anwesenheit weniger aufrechterhalten lassen, entspricht jedoch den Annahmen

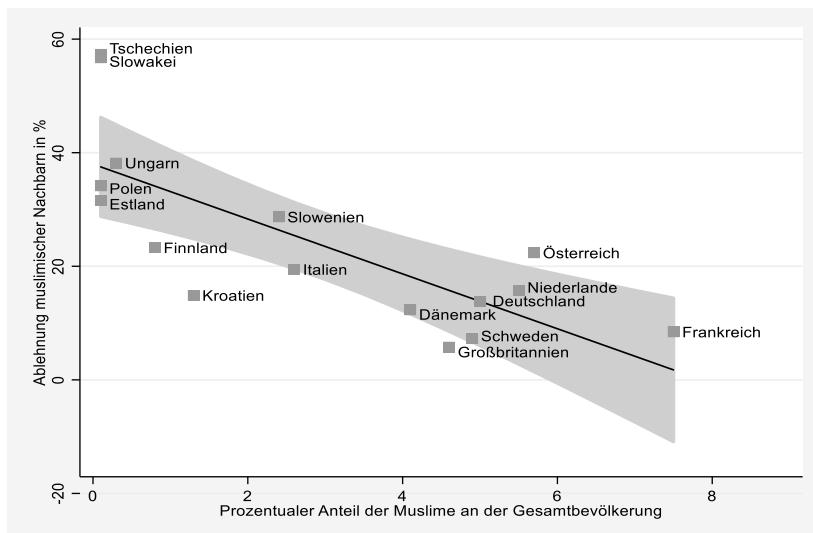


Abb. 2 Der Effekt des prozentualen Anteils der Muslim*innen in der Gesamtbevölkerung auf die durchschnittliche Ablehnung von muslimischen Nachbar*innen. (Quelle: EVS 2020 & PEW 2011. Anmerkung: Das Streudiagramm setzt den Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung mit der durchschnittlichen Ablehnung muslimischer Nachbar*innen ins Verhältnis. Der Fall Bulgarien wurde als statistischer Ausreißer aus der Darstellung ausgeschlossen.)

der *klassischen Kontakthypothese* (Allport 1971). Studien, die sich den Ursachen antimuslimischer Orientierungsmuster in Europa gewidmet haben, belegen, dass Intergruppenkontakte unter vorteilhaften Bedingungen gruppenbezogene Vorurteile gegen Muslim*innen dezimieren können (Pickel und Yendell 2016; Pickel und Öztürk 2018b).

Warum antimuslimische Orientierungsmuster aber gänzlich ohne die Anwesenheit von Muslim*innen gedeihen können – was vor allem in Osteuropa zu beobachten ist – vermag die klassische Kontakthypothese nicht zu erklären. Hier greift die *parasoziale Kontakthypothese* (Horton und Wohl 1956) und ihre Annahme, dass auch indirekte Kontakte und der Konsum von medialen Erzeugnissen gängige Bilder über gesellschaftliche Minderheiten prägen. Wenig umstritten ist, dass das medial vermittelte Bild von Muslim*innen negativ ausfällt. Im Regelfall „begegnet“ man ihnen in der Berichterstattung über Terrorismus, Unterdrückung von Frauen und Integrationsproblemen. Medienrezipient*innen

wird somit regelmäßig der Anlass gegeben „die Muslim*innen“ mit negativen Attributen zu belegen und als Bedrohung wahrzunehmen (Ahmed und Mattes 2016; Hafez und Richter 2007; Saeed 2007). Diese medial vermittelten Bedrohungswahrnehmungen besitzen länderübergreifend Bedeutung für antimuslimische Ressentiments (Schlueter et al. 2019). Der Unterschied jedoch ist, dass Bürger*innen in Osteuropa – vor allem jenseits der urbanen Metropolen – eine geringere Chance haben mit Muslim*innen in Kontakt zu kommen und die bestehenden Zerrbilder an eine profanere Realität anzupassen. Verstärkend kommt hinzu, dass die PiS in Polen und die Fidesz in Ungarn ihre Möglichkeiten zur Beeinflussung der staatlichen Medien nutzen, um das Narrativ zu verbreiten, dass sich bestimmte Viertel in westeuropäischen Metropolen (z. B. Neukölln in Berlin), in denen viele Muslim*innen leben, für die autochthone Bevölkerung zu sogenannten No-Go Areas entwickelt hätten (Kalmar 2018).

Warum die Spindoktor*innen rechtspopulistischer Parteien bei der Verbreitung von islam- und muslim*innenfeindlichen Diskursen keine Kosten und Mühen scheuen (Lean 2012), wird mit einem Blick auf Abb. 3 erkennbar. Die prozentuale Ablehnung muslimischer Nachbar*innen fällt in Gesellschaften, in

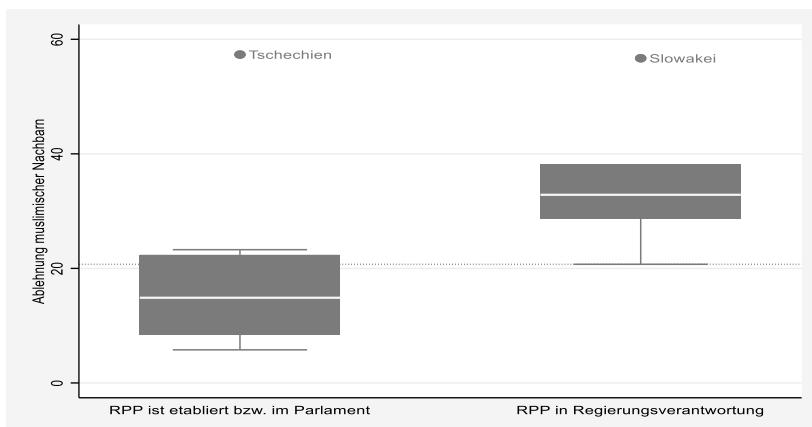


Abb. 3 Durchschnittliche Ablehnung muslimischer Nachbar*innen im Vergleich zwischen Gesellschaften mit rechtspopulistischen Parteien in der Opposition und in Regierungsverantwortung. (Quelle: European Values Study 2020, The PopuList 2.0 & Parliaments and Government Database. Anmerkung: Die durchgezogene, gepunktete Linie zeigt den Median der Ablehnung muslimischer Nachbar*innen im untersuchten Sample.)

denen rechtspopulistische Parteien in Regierungsverantwortung gelangen konnten (34.99 %) sichtbar höher aus, als im Durchschnitt aller Untersuchungsländer (24.15 %) sowie von Gesellschaften, in denen rechtspopulistische Parteien aus der Opposition (18.23 %)⁴ heraus agieren.

Da sich die durchschnittliche Existenz antimuslimischer Ressentiments zwischen beiden Gruppen signifikant ($p = .027$) unterscheidet, wird auch die dritte forschungsleitende Hypothese (H3) empirisch gestützt: *Ein antimuslimisches Gesellschaftsklima – welches für seine Existenz der Präsenz von Muslim*innen nicht bedarf – erleichtert rechtspopulistischen Parteien ihren machtpolitischen Aufstieg und bietet ihnen eine Opportunitätsfenster um Regierungskoalitionen beizutreten (z. B. in Estland, der Slowakei und Slowenien) oder sogar Wahlen (z. B. in Polen und Ungarn) für sich zu entscheiden.* Ihr Gewinnerthema findet auch jenseits ihrer Kernwählerschaft – bis in den Mainstream der Gesellschaft – Anklang. Es hat sich so etwas wie ein nationalistisch getragener gesellschaftlicher antimuslimischer Grundkonsens ausgebildet. Damit ist der viel beschworene *cordon sanitaire* porös geworden.⁵

⁴Tschechien erscheint aufgrund der deutlichen Ablehnung von muslimischen Nachbar*innen als statistischer Ausreißer in der Gruppe der Länder, in denen rechtspopulistische Parteien aus der Opposition heraus agieren. Erwähnenswert ist hierbei, dass Tschechien seit 2017 von einer populistischen Partei regiert wird, die Rooduijn et al. (2019) allerdings nicht als rechtspopulistisch klassifizieren. Tatsächlich ist die Rhetorik ihres Vorsitzenden Andrej Babis – der seit 2017 das Amt des tschechischen Premierministers innehat – im Vergleich zu Tomio Okamura (SPD) deutlich moderater. Allerdings hat sich auch die ANO eindeutig gegen die Aufnahme von Asylbewerber*innen und Geflüchteten ausgesprochen und ist bei den letzten Wahlen mit einem strikten Kurs gegen Migrant*innen angetreten (Kim 2017). Diese Positionierung dürfte Babis bei seiner Wahl zum Premierminister nicht geschadet haben, wenn man sich vergegenwärtigt, dass jeder zweite Befragte in Tschechien Muslim*innen als Nachbar*innen ablehnt (siehe Abb. 2 und 3). Auch Mainstream-Parteien treten in Tschechien mit antimuslimischen Aussagen in Erscheinung. Präsident Zeman – immerhin der ehemalige Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten – bezeichnete in einem Interview den Islam als eine „Religion des Todes“ und argumentierte, dass das Label „moderate Muslim*innen“ so widersprüchlich sei, wie die Bezeichnung „moderate Nazis“ (Trait 2016). Kurzum: Die politischen Parteien in Tschechien versuchen sich mit markanten Aussagen über Muslim*innen gegenseitig zu übertreffen (Hafez 2018), so dass es gar keiner Regierungsteilnahme von Tomio Okamura (SPD) bedarf, damit sich seine politischen Kernforderung eines strikten Kurses gegen Migrant*innen im Regierungshandeln materialisiert.

⁵Dieser Mechanismus lässt sich exemplarisch am Fall der Slowakei aufzeigen: Antimuslimische Ressentiments sind unter den Wähler*innen der rechtspopulistischen Parteien (L'SNS, SNS und SR) mit ca. 55 % die Regel. Da die Ablehnung muslimischer Nachbar*innen auch unter den Sympathisant*innen anderer Parteien mehrheitsfähig ist bzw. sogar etwas akzentuierter ausfällt, lässt sich in der Slowakei auf der Individualebene kein signifikanter Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus feststellen. Hieraus zu schließen, dass

5 Fazit – Islamfeindlichkeit und Grenzziehungen gegenüber Muslim*innen als Erfolgsgaranten für rechtspopulistische Parteien in Europa

Unsere empirische Analyse der jüngsten Welle der European Values Study plausibilisiert somit den postulierten Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus. Überraschen kann das kaum: Das „Feindbild Islam“ und kollektive Grenzziehungen gegenüber Muslim*innen nehmen eine Schlüsselposition in der Rhetorik rechtspopulistischer Parteien ein. Plakate mit durchgestrichenen Moscheen, die kollektive Verunglimpfung von Muslimen als Vergewaltiger, die Imagination einer von politischen Eliten geförderten Invasion der Muslim*innen und Aufrufe zur Verteidigung des christlichen Abendlandes sind zu ihrem pan-europäischen Markenkern geworden und fügen sich nahtlos in ihre nativistische Agenda. Klar ist aber auch, dass diese Rhetorik zum Scheitern verurteilt wäre, wenn sie nicht bestehende Einstellungs- und Orientierungsmuster in den europäischen Gesellschaften aufgreifen würde. Da aber der Islam in großen Teilen der Bevölkerung als kulturelle Bedrohung wahrgenommen wird und ein breites Set an Vorurteilen gegenüber Muslim*innen in europäischen Gesellschaften alles andere als eine Seltenheit darstellen, verläuft diese Rhetorik nicht im Sande. Im Gegenteil: Antimuslimische Ressentiments sind ein zentraler Erfolgsgarant für die Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Unserer Ergebnisse zeigen, dass rechtspopulistische Parteien zu einem Sammelbecken für Bürger*innen geworden sind, die ablehnende Haltungen gegenüber Muslim*innen hegen. Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 wirkte allenfalls als Brandbeschleuniger, weil es den Spindoktor*innen rechtspopulistischer Parteien gelungen ist latente Vorbehalte gegenüber Muslim*innen zu aktivieren und zu befördern, was nur gelingen konnte, weil muslimische Migrant*innen und ihre Religion als besonders fremd und bedrohlich wahrgenommen werden. *So erhöhen muslim*innenfeindliche Haltungen dann auch die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien (H1).*

antimuslimische Orientierungen für die Wahlerfolge der slowakischen Rechtspopulist*innen keine Rolle spielen, wäre eine falsche Interpretation dieses Befunds. Ethnonationalistische Positionen und die Ablehnung von Migrant*innen sind gesellschaftlich soweit verbreitet, dass ohne eine Kooption rechtspopulistischer Parteien und ihrer Kernwähler*innenschaft die Bildung einer Regierungskoalition zum Scheitern verurteilt ist (Walter 2018). Zugleich sorgt das dezidiert gegen Muslim*innen gerichtete Gesellschaftsklima dafür, dass rechtspopulistische Parteien als seriöse Koalitionspartner erachtet werden – zumindest weichen die Einstellungen ihrer Wähler*innen kaum vom Mainstream der Gesellschaft ab. Die Konsequenz: Ob unter Fico, Pellegrini oder Matovic, seit 2016 wurde kein Regierungskabinett ohne die Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei gebildet (Döring und Manow 2019).

Dieser Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus ist zu einem pan-europäischen Phänomen avanciert. Rechtspopulist*innen können sowohl in Gebieten mit einem signifikanten muslimischen Bevölkerungsanteil, als auch in Gebieten, wo es faktisch keine Muslim*innen gibt, aus antimuslimischen Ressentiments ihre Dividende schlagen. *Der Individualzusammenhang zwischen muslim*innenfeindlichen Haltungen und der Identifikation mit rechtspopulistischen Parteien wird folglich nicht maßgeblich vom prozentualen Anteil der Muslim*innen an der Gesamtbevölkerung konditioniert (H2).* Dieses empirische Muster ist dem Umstand geschuldet, dass Osteuropas Rechtspopulist*innen seit der sogenannten Flüchtlingskrise das Mobilisierungspotenzial antimuslimischer Ressentiments für sich entdeckt haben. Den Hintergrund hierfür liefert der europäische Streit über bindende Quoten zur Verteilung von Geflüchteten, die es in die „Festung Europa“ geschafft haben. Die Bereitschaft zur Aufnahme muslimischer Migrant*innen hat sich seitdem zu einer salienten politischen Streitfrage entwickelt und Orbán, Kaczyński und Co. lassen seitdem keine Chance ungenutzt sich als Bollwerk gegen eine Invasion der Muslim*innen zu inszenieren – auch wenn zu betonen ist, dass die Migrationsströme von 2015 wenig an der geringen Präsenz von Muslim*innen in den meisten osteuropäischen Gesellschaften geändert hat. Das „Feindbild Islam“ resultiert somit in Osteuropa nicht aus realen Konflikten im Zusammenleben zwischen Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen, sondern primär prägen medial vermittelte Negativbilder (sogenannte parasoziale Kontakte) die Wahrnehmung von Muslim*innen. Es sind keine realen Verteilungskonflikte oder die Sorge um das ökonomische Wohlergehen, die Wähler*innen in die Arme rechtspopulistischer Parteien treiben. Ausschlaggebender sind diffuse kulturelle Bedrohungswahrnehmungen, die Rechtspopulist*innen auf heavy-rotation mit dem Schreckensgespenst einer vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes bespielen.

Die Befunde deuten ferner darauf hin, dass Rechtspopulist*innen paradoxerweise auch von der Abwesenheit von Muslim*innen profitieren können. Der Muslim*innenfeindlichkeit-Rechtspopulismus-Nexus hat nämlich noch eine weitere Facette: *Je prävalenter sich das „Feindbild Islam“ in die kollektiven Orientierungsmuster einer Gesellschaft einschreibt, desto leichter fällt es rechtspopulistischen Parteien politisches Kapital aus den bestehenden antimuslimischen Ressentiments zu schlagen (H3).* Für die Prävalenz eines antimuslimischen Gesellschaftsklimas ist die An- bzw. Abwesenheit von Muslim*innen jedoch alles andere als zweitrangig. Die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes versetzt besonders in jenen Gesellschaften viele Menschen in Angst und Schrecken, in denen faktisch kaum Muslim*innen leben. Antimuslimische Ressentiments reichen gerade in vielen osteuropäischen Gesellschaften bis

tiefe in den Mainstream der Gesellschaft, was zur Konsequenz hat, dass sich Wähler*innen von rechtspopulistischen und nicht-rechtspopulistischen Parteien in der Ablehnung von Muslim*innen zu Weilen kaum unterscheiden (Öztürk und Pickel 2019). Es besteht in den Bevölkerungen und unter den Parteien quasi ein antimuslimischer und nationalistischer Grundkonsens. Zu beobachten ist dann, dass sich Rechtspopulist*innen und Politiker*innen von Mainstreamparteien einen Überbietungswettkampf liefern, wenn es um die Agitation gegen muslimische Migrant*innen geht (Hafez 2018). Für eine realistische Aussicht auf Regierungämter kommen in solchen Kontexten Mainstreamparteien nicht darum herum Wähler*innensegmente anzusprechen, die gruppenbezogene Vorurteile gegen Muslim*innen besitzen. Da dies rechtspopulistischen Parteien mit besonderem Erfolg gelingt, eröffnet ihnen ein antimuslimisches Gesellschaftsklima ein Gelegenheitsfenster als veritable Koalitionspartner angesehen und in Regierungskoalitionen integriert zu werden. Mehr noch: Die Verbreitung eines gegen Muslim*innen gerichteten Gesellschaftsklimas begünstigt den machtpolitischen Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien soweit, dass sie in alleinige Regierungsverantwortung gelangen. Einmal an die Schaltstellen der Macht gewählt, nutzen bspw. Orbán und Kaczyński ihren Einfluss auf die Medien, um eine Verbindung zwischen der Einwanderung von Muslim*innen und der vermeintlich migrationsfreundlichen Politik der Europäischen Union zu insinuieren. Gepflegt wird so das Zerrbild einer europäischen Elite, die eine Invasion der Muslim*innen orchestriert und vorantreiben, gegen die das Volk nur die rechtspopulistischen Regierungen schützen.

Die Aushöhlung demokratischer Prozeduren und Prozesse in Polen und Ungarn, und die Erkenntnis, dass das „Feindbild Islam“ eine Legitimationsressource für den autoritären Herrschaftsanspruch von Orbán und Kaczyński darstellt, bieten eine Blaupause um das antidemokratische Potenzial antimuslimischer Ressentiments zu realisieren. Vordergründig mag Muslim*innenfeindlichkeit auf Muslim*innen abzielen, faktisch sind die gegen sie gerichteten Angriffe zugleich eine Kriegserklärung an die offene Gesellschaft. Demokratie ist mehr als eine Methode zur Auswahl des politischen Personals, sondern eine Lebensweise, die in den pluralistischen Gesellschaften Europas auf eine wechselseitige Anerkennung aller Bürger*innen als Freie und Gleiche angewiesen ist (Habermas 1996). Die europaweiten Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – die darauf zielen Muslim*innen und andere Minderheiten aus den Freiheits- und Gleichheitsversprechen der Demokratie zu exkludieren (Hafez 2013) – sind Anlass genug, um sich zu vergegenwärtigen, dass dieser demokratische Minimalkonsens verteidigt werden muss.

Operationalisierungstabelle:

Theoretisches Konstrukt	Item	Ursprüngliche Skala	Umkodierungen und Skalenbildung
Identifikation mit einer rechtspopulistischen Partei	Welcher Partei stehen Sie am nächsten	Auflistung diverser Parteien	1 = Identifikation mit einer rechtspopulistischen Partei 0 = Identifikation mit anderer Partei Zuordnung basierend auf Rooduijn et al. 2019
Ablehnung muslimischer Nachbar*innen	Auf dieser Liste stehen eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen. Könnten Sie einmal alle diejenigen benennen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten? - Muslime	1 = genannt 2 = nicht genannt	1 = genannt 0 = nicht genannt
Misstrauen in nationale politische Institutionen	Schauen Sie bitte auf die Liste und sagen Sie mir, ob Sie sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die jeweils genannten Institutionen haben - Parlament - Justiz - Regierung	1 = sehr viel Vertrauen (...) 4 = überhaupt kein Vertrauen	1 = Misstrauen in die drei zentralen Institutionen des nationalen politischen Systems 2 = überhaupt kein Vertrauen 3 = sehr viel Vertrauen 4 = überhaupt kein Vertrauen
Misstrauen in der die Europäische Union	Schauen Sie bitte auf die Liste und sagen Sie mir, ob Sie sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die jeweils genannten Institutionen haben - Europäische Union	1 = sehr viel Vertrauen (...) 4 = überhaupt kein Vertrauen	1 = überhaupt kein Vertrauen 2 = sehr viel Vertrauen 3 = überhaupt kein Vertrauen 4 = sehr viel Vertrauen

Theoretisches Konstrukt	Item	Ursprüngliche Skala	Umkodierungen und Skalenbildung
Exkludierender Nationalismus	Menschen haben verschiedene Ansichten über sich selbst und wie stark Sie sich mit ihrem Umfeld und dem Rest der Welt verbunden fühlen. Wenn Sie sich einmal diese Liste ansehen, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit: - Deutschland	1 = sehr verbunden (...) 4 = überhaupt nicht verbunden	1 = sehr verbunden (...) 0 = überhaupt nicht verbunden
	Einige Menschen sagen, die folgenden Dinge seien wichtig, um wirklich *Nationalität* zu sein. Andere dagegen sagen, sie seien nicht wichtig. Was meinen Sie, wie wichtig jedes dieser Dinge ist? - *Nationalität* Vorfahren zu haben	1 = sehr wichtig (...) 4 = überhaupt nicht wichtig	1 = sehr wichtig (...) 0 = überhaupt nicht wichtig Beide Items wurden in Form eines multiplikativen Index zusammengeführt: 1 = Befragter fühlt sehr verbunden mit der Nation und empfindet es als wichtig nationale Vorfahren zu haben (...) 0 = keine Verbundenheit und nationale Vorfahren werden nicht für wichtig erachtet
Anti-egalitäre Geschlechterverhältnisse	Es ist die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, die Frau ist für Haushalt und Familie zuständig	1 = stimme voll und ganz zu (...) 4 = stimme überhaupt nicht zu	1 = stimme voll und ganz zu (...) 0 = stimme überhaupt nicht zu

Theoretisches Konstrukt	Item	Ursprüngliche Skala	Umkodierungen und Skalenbildung
	In politischen Führungspositionen sind Männer allgemein besser als Frauen	1 = stimme voll und ganz zu (...) 4 = stimme überhaupt nicht zu	1 = stimme voll und ganz zu (...) 0 = stimme überhaupt nicht zu
	Eine Hochschulausbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen	1 = stimme voll und ganz zu (...) 4 = stimme überhaupt nicht zu	1 = stimme voll und ganz zu (...) 0 = stimme überhaupt nicht zu
	Insgesamt sind Männer bessere Führungskräfte in der Wirtschaft als Frauen	1 = stimme voll und ganz zu (...) 4 = stimme überhaupt nicht zu	1 = stimme voll und ganz zu (...) 0 = stimme überhaupt nicht zu Die vier Items wurden zu einem additiven Index zusammengeführt 1 = Befragter spricht Frauen untergeordnete Rolle zu (...) 0 = Befragter befürwortet Gleichheit der Geschlechter

Theoretisches Konstrukt	Item	Ursprüngliche Skala	Umkodierungen und Skalenbildung
Anti-liberale Sexualnormen	Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Punkte sagen, ob Sie dies unter keinen Umständen in Ordnung finden, in jedem Fall in Ordnung finden oder irgendetwas dazwischen. Verwenden Sie dazu bitte die folgende Skala - Homosexualität - Abtreibung - Scheidung	1 = unter keinen Umständen in Ordnung (...) 10 = in jedem Fall in Ordnung	Ablehnende Haltungen wurden zu einem additiven Index zusammengesetzt 1 = unter keinen Umständen in Ordnung (...) 0 = in jedem Fall in Ordnung
Wirtschaftliche Deprivation	Während der letzten fünf Jahre, haben Sie da Sozialhilfe bezogen?	1 = ja 2 = nein	1 = ja 0 = nein
Bildung	Bildungsniveau des Befragten (Q81)	1 = hoch 2 = mittel 3 = niedrig	1 = hoch 0 = alle anderen Bildungsniveaus
Geschlecht	Geschlecht der Zielperson	1 = Männlich 2 = Weiblich	1 = Männlich 0 = Weiblich
Alter	In welchem Jahr sind Sie geboren?	Geburtsjahr	Interwar generation (vor 1945) Baby boomers (1946–1964) Generation X (1965–1979) Millennials (1980–2000) (Ref.)

Quelle: EVS 2020 & The PopuList 2.0; bei Geschlecht keine Ausprägung divers in der genutzten Studie

Literatur

- Achen, C. H. (2005). Two-step hierarchical estimation: Beyond regression analysis. *Political Analysis*, 13(4), 447–456.
- Ahmed, S., & Matthes, J. (2016). Media representation of Muslims and Islam from 2000 to 2015. *A Meta-Analysis*. *International Communication Gazette*, 79(3), 219–244.
- Alexander, A. C., & Welzel, C. (2017). The myth of deconsolidation. Rising liberalism and the populist reaction. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/170694/1/ile-wp-2017-10.pdf>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Alexander, A. C., Inglehart, R., & Welzel, C. (2016). Emancipating sexuality. Breakthroughs into a bulwark of tradition. *Social Indicators*, 129, 909–935.
- Allport, G. W. (1971). *Die Natur des Vorurteils*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Almássy, F. (2017). Orbán. EU's Christian identity under threat from Muslim migrants. <https://wiesgradpost.com/en/2017/04/02/orban-eus-christian-identity-under-threat-from-muslim-migrants/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Arzheimer, K. (2018). Explaining electoral support for the radical right. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 143–165). Oxford: Oxford Univ. Press.
- Attia, I. (2007). Kulturrassismus und Gesellschaftskritik. In I. Attia (Hrsg.), *Orient- und Islam-Bilder* (S. 5–28). Münster: Unrast-Verlag.
- Bar-On, T. (2018). The radical right and nationalism. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 17–41). Oxford: Oxford University Press.
- Beck-Gernsheim, E. (2004). *Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Benz, W. (2017). Antiislamische Diskriminierung. In A. Scherr, A. El-Mafaalani, & Y. Gökçen (Hrsg.), *Handbuch Diskriminierung* (S. 511–527). Wiesbaden: Springer VS.
- Betz, H.-G. (1994). *Radical right-wing populism in Western Europe*. New York: St. Martin's.
- Betz, H.-G. (2016). Against the 'Green Totalitarianism'. Anti-Islamic nativism in contemporary radical right-wing populism in Western Europe. In C. S. Liang (Hrsg.), *Europe for the Europeans. The foreign and security policy of the populist radical right* (S. 51–72). London: Routledge.
- Bleich, E. (2011). What is Islamophobia. And how much is there? Theorizing and measuring an emerging comparative concept. *American Behavioral Scientist*, 55(12), 1581–1600.
- Bremmer, I. (2018). *Us vs. Them. The failure of globalism*. New York: Penguin.
- Brubaker, R. (1996). *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the new Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brubaker, R. (2017). Between nationalism and civilization. The european populist moment in comparative perspective. *Ethnic and Racial Studies*, 40(8), 1191–1226.
- Ciftci, S. (2012). Islamophobia and threat perceptions. Explaining Anti-Muslim sentiment in the west. *Journal of Muslim Minority Affairs*, 32, 293–309.
- de la Torre, C. (Hrsg.). (2015). *The promise and perils of populism. Global perspectives*. Lexington: University of Kentucky Press.
- de Wilde, P., Koopmans, R., Merkel, W., Strijbis, O., & Zürn, M. (Hrsg.). (2019). *The struggle over borders. Cosmopolitanism and communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Döring, H., & Manow, P. (2019). Parliaments and governments database (ParlGov). Information on parties, elections and cabinets in modern democracies. <https://www.parlgov.org/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Dudzińska, A., & Kotnarowski, M. (2019). Imaginary Muslims. How the polish right frames Islam. <https://www.brookings.edu/research/imaginary-muslims-how-polands-populists-frame-islam/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Dymek, J. (2015). The polish right in Triumph. <https://www.dissentmagazine.org/online-articles/polish-right-in-triumph-jaroslaw-kaczynski-pis-elections>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Eatwell, R., & Goodwin, M. (2018). *National populism. The revolt against liberal democracy*. London: Pelican.
- European Values Study. (2020). European values study 2017. Integrated dataset (EVS 2017). GESIS data archive. Cologne. ZA7500 Data file Version 3.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13511>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Gelman, A., & Hill, J. (2007). *Data analysis using regression and multilevel/hierarchical models*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gera, V. (2019). Party leader calls lgbt rights an imported threat to Poland. <https://www.dailymirror.com/article/20190425/news/304259875>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Górak-Sosnowska, K. (2016). Islamophobia without Muslims? The case of Poland. *Journal of Muslims in Europe*, 5(2), 190–204.
- Habermas, J. (1996). *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hafez, F. (2014). Shifting borders. Islamophobia as common ground for building pan-european right-wing unity". *Patterns of Prejudice*, 48(5), 479–499.
- Hafez, F. (2017). When Anti-Semitism and Islamophobia join hands. The campaign against soros has fueled a dangerous symbiosis between anti-semitism and Islamophobia. <https://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2017/08/anti-semitism-islamophobia-join-hands-170809084731114.html>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Hafez, F. (2018). Street-level and government-level Islamophobia in the Visegrád four countries. *Patterns of Prejudice*, 52(5), 436–447.
- Hafez, K. (2013). *Freiheit, Gleichheit, Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*. Bielefeld: Transcript.
- Hafez, K., & Richter, C. (2007). Das Islambild von ARD und ZDF. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 26–27, 40–46.
- Horton, D., & Wohl, R. R. (1956). Mass communication and para-social interaction: Observations on intimacy at a distance. *Psychiatry. Interpersonal and Biological Processes*, 19(3), 215–229.
- Hosmer, D. W., & Lemeshow, S. (2004). *Applied logistic regression*. New York: Wiley.
- Hox, J. J. (2010). *Multilevel analysis. Techniques and applications*. New York: Routledge.
- Ignazi, S. (1992). The silent counter-revolution. Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe. *European Journal of Political Research*, 22(1), 3–34.
- Kallis, A. (2018). The radical right and islamophobia. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford handbook of the radical right* (S. 42–60). Oxford: Oxford University Press.
- Kalmar, I. (2018). The battlefield is in brussels. Islamophobia in the Visegrád four in its global context. *Patterns of Prejudice*, 52(5), 406–419.

- Kaya, S. (2015). Islamophobia in Western Europe. A comparative, multilevel study. *Journal of Muslim Minority Affairs*, 35(3), 450–465.
- Keskinkılıç, O. Z. (2019). *Die Islamdebatte gehört zu Deutschland. Rechtspopulismus und antimuslimischer Rassismus im (post-)kolonialen Kontext*. Berlin: AphorismA.
- Kim, S. (2017). Populism, Anti-Populism and counter-populism in the czech parliamentary elections. <https://democracy.blog.wzb.eu/2017/10/20/czech-elections/>. Zugriffen: 10. Okt. 2020.
- Koopmans, R. (2015). Religious fundamentalism and hostility against out-groups. A comparison of Muslims and christians in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(1), 33–57.
- Krastev, I. (2018). *Europadämmerung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Krause, W., & Wagner, A. (2019). Becoming part of the gang? Established and nonestablished populist parties and the role of external efficacy. *Party Politics*, 27(1), 161–173.
- Krekó, P., Hunyadi, B., & Szicherle, P. (2019). Anti-Muslim populism in hungary. From the margins to the mainstream. <https://www.brookings.edu/research/anti-muslim-populism-in-hungary-from-the-margins-to-the-mainstream/>. Zugriffen: 10. Okt. 2020.
- Kriesi, H., & Pappas, T. S. (2016). *European populism in the shadow of the great recession*. Colchester: ECPR Press.
- Lean, N. C. (2012). *The Islamophobia industry: How the right manufactures fear of Muslims*. London: Pluto Press.
- Lengfeld, H. (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, 209–232.
- Lengfeld, H., & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(3), 181–199.
- Lewis, J. B., & Linzer, D. A. (2005). Estimating regression models in which the dependent variable is based on estimates. *Political Analysis*, 13(4), 345–364.
- Lubbers, M., & Coenders, M. (2017). Nationalistic attitudes and voting for the radical right in Europe. *European Union Politics*, 18(1), 98–118.
- Marfouk, A. (2019). I'm neither racist nor xenophobic, but. Dissecting european attitudes towards a ban on Muslims'. *Immigration. Ethnic and Racial Studies*, 42(10), 1747–1765.
- Moffit, B. (2016). *The global rise of populism. Performance, political style and representation*. Stanford: Stanford University Press.
- Mood, C. (2010). Logistic regression. Why we cannot do what we think we can do, and what we can do about it. *European Sociological Review*, 26(1), 67–82.
- Mudde, C. (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, C. (2019). *The far right today*. Cambridge: Polity.
- Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2017). *Populism. A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Öztürk, C., & Pickel, G. (2019). Islamophobic right-wing populism? Empirical insights about citizen's susceptibility to Islamophobia and its impact on right-wing populist's electoral success. *Eastern Europe in a comparative perspective. Religion and Society in Central and Eastern Europe*, 12(1), 39–62.

- Pappas, T. S. (2019). *Populism and liberal democracy. A comparative and theoretical analysis.* Oxford: Oxford University Press.
- PEW Research Center. (2011). Muslim population by country. <https://www.pewforum.org/2011/01/27/table-muslim-population-bycountry/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- PEW Research Center. (2017). Europe's growing Muslim population. <https://www.pewforum.org/2017/11/29/europees-growing-muslim-population/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Pickel, G. (2018a). Perceptions of plurality. The impact of the refugee crisis on the interpretation of religious pluralization in Europe. In U. Schmiedel & G. Smith (Hrsg.), *Religion in the European refugee crisis* (S. 15–38). Cham: Palgrave Macmillan.
- Pickel, G. (2018b). Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 277–312.
- Pickel, G. (2019a). *Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Vielfalt auf die Demokratie auswirkt.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, S. (2019b). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K.-R. Korte & J. Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017* (S. 145–175). Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, G., & Öztürk, C. (2018a). Nationalism and perceptions of threat – Ethnocentrism or just a lack of contact? Islamophobia in Eastern Europe from a comparative perspective. https://www.leibniz-eega.de/wp-content/uploads/2019/03/EEGA_Special-Issue_1_Islamophobia.pdf. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Pickel, G., & Öztürk, C. (2018b). Islamophobia without Muslims? The ‘Contact Hypothesis’ as an explanation for anti-muslim attitudes – Eastern European societies in a comparative perspective. *Journal of Nationalism, Memory & Language Politics*, 12(2), 162–191.
- Pickel, G., & Öztürk, C. (2021). The varying challenge of islamophobia for the EU. On Anti-Muslim resentments and its dividend for right-wing populists and eurosceptics. Central and Eastern Europe in a comparative perspective. In A. Lorenz & L. H. Anders (Hrsg.), *Illiberal trends and anti-EU politics in east central Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. (Im Erscheinen).
- Pickel, G., & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 297–320.
- Pickel, G., & Pickel, S. (2019). Der ‘Flüchtling’ als Muslim – und unerwünschter Mitbürger? In O. Hidalgo & G. Pickel (Hrsg.), *Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften* (S. 279–323). Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, G., & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 3–4, 273–309.
- Pickel, G., & Yendell, A. (2018). Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In O. Decker & E. Brähle (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 217–242). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J., & Decker, O. (2020a). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 7–43.

- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y., Odermatt, A., & Yendell, A. (2020b). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionell Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.
- Pollack, D., Müller, O., Rosta, G., Friedrichs, N., & Yendell, A. (2014). *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Priester, K. (2007). *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Rippl, S., & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 237–254.
- Röder, A. (2018). Immigrants' attitudes toward homosexuality socialization, religion, and acculturation in European host societies. *International Migration Review*, 49(4), 1042–1070.
- Röder, A., & Mühlau, P. (2014). Are they acculturating? Europe's immigrants and gender egalitarianism. *Social Forces*, 92(3), 899–929.
- Rooduijn, M., S. v. Kessel, C. Froio, A. Pirro, S. de Lange, D. Halikiopoulou, P. Lewis, C. Mudde, & P. A. Taggart. (2019). The popuList: An overview of populist, far right, far left and eurosceptic parties in Europe. <https://popu-list.org/>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Saeed, A. (2007). Media, racism and Islamophobia: The representation of Islam and Muslims in the media. *Sociology Compass*, 1(2), 443–463.
- Said, E. W. (1978). *Orientalism*. New York: Pantheon Books.
- Şakir, A. N. (2019). Islamophobia in Bulgaria. National Report 2019. <https://www.islamophobiaeurope.com/wp-content/uploads/2020/08/2019eir-BULGARIA.pdf>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Schlueter, E., Masso, A., & Davidov, E. (2019). What factors explain Anti-Muslim prejudice? An assessment of the effects of Muslim population size, institutional characteristics and immigration-related media claims. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46(3), 1–16.
- Shooman, Y. (2014). „...weil ihre Kultur so ist“. *Narrative des antimuslimischen Rassismus*. Bielefeld: transcript.
- Siegel, S. (2017). Friend or foe? The LGBT community in the eyes of right-wing populism. <https://www.europenowjournal.org/2017/07/05/friend-or-foe-the-lgbt-community-in-the-eyes-of-right-wing-populism/>. Zugegriffen: 10. Ok. 2020.
- Spier, T. (2010). *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Slačálek, O. & Svobodová, E. (2018). The Czech Islamophobic Movement: Beyond „Populism“? *Patterns of Prejudice*, 52(5), 479–495.
- Stegmueller, D. (2013). How many countries for multilevel modeling? A comparison of frequentist and bayesian approaches. *American Journal of Political Science*, 57(3), 748–761.
- Stephan, W. G., & Stephan, C. W. (1996). Predicting prejudice. *International Journal of Intercultural Relations*, 20(3–4), 409–426.
- Stockemer, D., Niemann, A., Rabenschlag, J., Speyer, J., & Unger, D. (2018). Immigration, anti immigrant attitudes and euroscepticism. *A Meta Analysis*. *French Politics*, 16(3), 328–340.
- Strabac, Z., & Listhaug, O. (2008). Anti-Muslim prejudice in Europe: A Multilevel Analysis of Survey Data from 30 Countries. *Social Science Research*, 37(1), 268–286.

- Strøm, K. (1990). A behavioral theory of competitive political parties. *American Journal of Political Science*, 34(2), 535–598.
- Tajfel, H. (1982). *Social identity and intergroup relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tajfel, H., & Turner, J. (1979). An integrative theory of group conflict. In W. G. Austin & S. Worchel (Hrsg.), *The social psychology of intergroup relations* (S. 33–47). Monterey: Brooks.
- Trait, R. (2016). Miloš Zeman. The hardline czech leader fanning hostility to refugees. <https://www.theguardian.com/world/2016/sep/14/milos-zeman-czech-leader-refugees>. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Vadhanavisala, O. (2020). Democracy towards authoritarianism under illiberal populist leaders in hungary and Poland. *Central and Eastern European Review*, 13(1), 31–48.
- van der Brug, W., Fennema, M., & Tillie, J. (2000). Anti-immigrant parties in Europe. Ideological or protest vote? *European Journal of Political Research*, 37(1), 77–102.
- von Beyme, K. (2019). Rechtspopulismus in Osteuropa. Bewertung der Chancen und Risiken. In H. U. Brinkmann & I.-C. Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften: Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration* (S. 75–94). Wiesbaden: VS Verlag.
- Walter, A. (2018). Islamophobia in Eastern Europe. Slovakia and the politics of hate. https://www.leibniz-eega.de/wp-content/uploads/2019/03/EEGA_Special-Issue_1_Islamophobia.pdf. Zugegriffen: 10. Okt. 2020.
- Werts, H., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2013). Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008. Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics*, 14(2), 183–205.
- Wetzel, J. (2012). Parallelen zwischen Antisemitismus und Islamfeindschaft heute. In G. Botsch, O. Glöckner, C. Kopke, & M. Spieker (Hrsg.), *Islamophobie und Antisemitismus – Ein umstrittener Vergleich* (S. 81–106). Berlin: de Gruyter.
- Wodak, R. (2015). *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. London: Sage.
- Wolf, T. (2017). *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ziller, C., & Schübel, T. (2015). 'The Pure People' versus 'the Corrupt Elite'? Political corruption, political trust and the success of radical right parties in Europe. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 25(3), 368–386.
- Zúquete, J. P. (2008). The European extreme-right and islam: New directions? *Journal of Political Ideologies*, 13(3), 321–344.